

Aufwärts

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und
0.96 Vierteljährlich, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs
Ausland unter Streifband 1.50 (inkl. Postgeld). Preis der
Eingelieferung 10 Pf. Postkontonummer Hannover 877.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postkontonummer
Hannover 877.

Nr. 253.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Donnerstag, den 29. Oktober 1931.

13. Jahrgang.

Herz ohne Kopf läuft wohl geschwind,
Doch auf dem Weg verirrt sich's blind, —
Kopf ohne Herz hat scharf Gesicht,
Doch lahme Beine taugen nicht, —
Willst du das Ziel errungen sehn,
Muß Kopf und Herz zusammen gehn.

Geibel.

Umschau.

Die goldene Pistole. — Laval in Washington. — Grandi in Berlin. — Aufstandsbewegung auf Cypern. — Der mächtige Völkerbund. — Der japanisch-chinesische Kampf geht weiter. —

Der pompöse Empfang Lavals bei seiner Ankunft in Amerika ist sicherlich mehr politische Taktik als Herzenssache der Amerikaner gewesen. Auch die Amerikaner haben mit den Franzosen ihre Erfahrungen gemacht. Und sie sind klug genug, um mit heimlichem Ingrimm Frankreichs „Marneklacht gegen den Dollar“ in ihrer weltpolitischen Bedeutung zu erkennen und entsprechend zu würdigen.

Nachdem es den Franzosen geglückt ist, mit ihren goldenen Äußern die Engländer aus Mitteleuropa hinauszumwerfen und Oesterreich in den politischen Bann der Bank von Frankreich zu zwingen, — nachdem es ihnen gelungen ist, durch Währungsanklagen gegen die Reichsbank die deutsche Volkswirtschaft in ihren tiefsten Tiefen zu erschüttern und in verblenden, leider aber sehr maßgebenden deutschen Kreisen das Gold Frankreichs als die einzige Rettung aus unserer verheerenden Krise gelten zu lassen, — nachdem es ihnen gelungen ist, die als uneinnehmbar geltende Festung des englischen Pfundes mit bestem Erfolg anzugreifen, den indessen die Engländer — geschickter als wir — durch ihre sensationelle Abkehr von dem Goldstandard illusorisch zu machen wußten, richtet Frankreich seine goldene Pistole auch gegen Amerika, um Washington unter politischen Druck zu nehmen und für die tribut- und machtpolitischen Forderungen des Quai d'Orsay gefügig zu machen. Die fortgesetzten französischen Goldabzüge aus Amerika hatten rein währungspolitisch zur Folge, daß der amerikanische Diskontsatz wiederholt heraufgesetzt werden mußte, um den bedrohlichen Goldabfluß zum Stillstand zu bringen. Aber was fragt Frankreich nach ein paar Zinsprozenten, wenn es Europa erobern will! Es zog weitere Goldbestände aus den Vereinigten Staaten zurück, um nach dem Pfunde auch den Dollar zu erschüttern und Hoover für Lavals politische Forderungen reif zu machen. Noch bevor Laval seinen Fuß auf amerikanischen Boden setzte, war mit Hilfe des außerordentlich raffiniert arbeitenden französischen Propagandaapparates eine fieberhafte Stimmungsmache zugunsten einer französisch-amerikanischen Zusammenarbeit — natürlich wie Frankreich sie versteht! — betrieben worden. Die entsprechenden französisch-amerikanischen Pakte waren — der französischen Tendenz — mache zufolge — schon so gut wie abgeschlossen, noch ehe überhaupt die französische Küste von dem französischen Ministerpräsidenten gesichtet wurde. Eine besondere Rolle spielte hierbei der sogenannte „Konfultativpakt“, der in seinem wesentlichen Kerne darauf abzielte, alle Nationen der Welt — vor allem auch die Vereinigten Staaten — zu verpflichten, für die Unabänderlichkeit des Versailler Systems einzustehen und gegen jeden Versuch, an dem gegenwärtigen unhaltbaren Zustande der Welt und insbesondere Europa zu rütteln, geschlossen mit militärischen und wirtschaftlichen Sanktionen vorzugehen. Es sollte dann ferner wieder einmal die Abrüstung illusorisch gemacht werden, indem Frankreich eine gleichmäßige Herabsetzung der bestehenden Militäretats forderte, was natürlich jeder gerechten Angleichung der internationalen Rüstungsverhältnisse ins Gesicht schlägt und insbesondere für Deutschland die Verewigung seiner Wehrlosigkeit bedeuten würde. Schließlich erklärte sich das „edelmütige“ Frankreich mit viel schönen Worten bereit, einer allgemeinen Schuldenherabsetzung zuzustimmen, nur dürfte hierdurch — und das ist wieder einmal typisch französisch! — der finanzielle Vorteil, den Frankreich aus den deutschen Tributen zieht, in keiner Weise angetastet werden. Wahrscheinlich ein „fauberes“ Programm!

Was nun bei den inzwischen zum Abschluß gekommenen Besprechungen zwischen Hoover und Laval wirklich herausgekommen ist, läßt sich im Augenblick ganz selbstverständlich noch nicht übersehen. Es wäre vermessen, sich jetzt schon ein abschließendes Urteil über die Washingtoner Verhandlungen bilden zu wollen. Die amtlichen Verlautbarungen können in diesen Dingen ja nie als stichhaltig

angesehen werden. Und was sonst an die Öffentlichkeit kommt, sind meist sehr zweifelhafte Kombinationen mehr oder weniger geschickter Journalisten oder Tendenzkommentare, wie sie hinter den verriegelten Türen der internationalen Diplomatie fein säuberlich „ausbalanciert“ werden. Immerhin glauben wir aber schon heute annehmen zu können, daß Lavals Eroberungszug nach Amerika nicht zu dem Erfolge geführt hat, den Frankreich sich zugeeignet hatte. Auch dem französischen Angriff auf den Dollar sind schließlich Grenzen gesetzt. Die Vereinigten Staaten brauchen nur, dem englischen Beispiel folgend, den Goldstandard aufzugeben — und Frankreichs goldene Machtpistole ist nur noch ein Schemen, mit dem es dann keine Königreiche mehr zu gewinnen vermag. Klarer zu erkennen werden die Washingtoner Ergebnisse erst in Wochen und Monaten sein, um dann schließlich eindeutig zum Ausdruck zu kommen bei der Abrüstungskonferenz und bei der Umgestaltung des am 1. Juli 1932 ablaufenden Hooverjahres. Bis dahin können wir nur hoffen, daß sich die weltpolitische Vernunft, die sich in der Forderung des Senats nach Revision der Diktate, nach Aufrollung des Korridorproblems und nach ehrlicher Abrüstung so offen zum Ausdruck kam, auch in Amerika immer fester durchsetzt. Nur so wird der „Friede einer brutalen Gewalt“ — wie Borch den gegenwärtigen Zustand in Europa bezeichnet — allmählich einem Frieden weichen, den wir alle ersehnen — nicht nur im Interesse unseres eigenen, besonders schwer geprüften Vaterlandes, sondern auch im Interesse der anderen Völker, die auch ihrerseits die verheerenden Auswirkungen des Versailler Diktates immer deutlicher am eigenen Leibe zu spüren bekommen.

Angesichts dieser Lage gewinnt der Besuch des italienischen Außenministers Grandi in Berlin eine ganz besondere Bedeutung, die durch die Neapeler Rede Mussolinis vom letzten Sonntag noch in markanter Weise unterstrichen wurde. In dieser Rede hat Mussolini — gerade auch auf tribut- und rüstungspolitischen Gebiet — Forderungen aufgestellt, wie sie dem deutschen Volke aus der Seele gesprochen sind, aber von einem deutschen Außenminister den Franzosen gegenüber in so klarer und unerschrockener Weise leider noch nicht geltend gemacht wurden. Es ist also durchaus nicht einzusehen, warum die deutsche Außenpolitik um einer völlig ausichtslosen deutsch-französischen Verständigungspolitik willen jede Möglichkeit eines anderen außenpolitischen Kurses auch jetzt noch ausschlagen sollte, nachdem Grandi im Auftrage Mussolinis mit den besten Wünschen für eine engere deutsch-italienische Zusammenarbeit in Berlin eingetroffen ist. Das braucht selbstverständlich nicht zu heißen, daß sich nun Deutschland so einseitig auf Italien festlegt, wie es sich bis dahin auf Frankreich festgelegt hat. Aber an einem kommen wir nicht vorbei: Das ist die absolute Notwendigkeit einer engen und festen Zusammenarbeit mit jenen Staaten, die es satt haben, sich von Frankreich nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich in brutaler Weise ruinieren zu lassen, und die infolgedessen immer offensichtlicher bestrebt sind, das Uebel der Welt — Versailles! — am Schopfe zu fassen und die Beziehungen der Völker wieder in vernünftige Bahnen zu lenken. Nach Europa hat Frankreich nun auch den Vereinigten Staaten von Nordamerika den Fehdehandschuh hingeworfen. Der machtpolitische Wahnsinn der Franzosen kennt aber keine Grenzen. Aber auch für Frankreich gilt das Wort, daß die Weltgeschichte kein letztes Kapitel kennt. Und der Ring gegen das französische Machtsystem beginnt sich bereits zu schließen. Sollte ausgerechnet Deutschland in diesem Augenblick von welthistorischer Bedeutung es veräumen, die längst fälligen Konsequenzen zu ziehen und endlich auf eine Politik zu verzichten, die schon Unheil genug über unser armes Volk gebracht hat? —

Wie verlautet, sollen auch hinter der Aufstandsbewegung auf Cypern französische Machenschaften zu suchen sein. Die Bewegung, die darauf abzielt, das zu 80 Prozent mit Griechen bevölkerte Cypern wieder an Griechenland zurückzugliedern, geht den englischen Machtinteressen im östlichen Mittelmeer schnurstracks zuwider. Inhaftiert diese strategisch außerordentlich wichtige Insel doch nicht nur den Eingang des Suezkanals und die zu diesem führenden Seewege von Malta und den türkischen Meerengen, sondern auch die italienischen Stellungen auf dem Dodekanes und vor allem das französische Syrien. Hinzu kommt das bekannte englische Projekt, das Mosulöl durch eine Rohrleitung nach Haifa an der Küste Palästinas zu leiten, wodurch diese Ecke des östlichen Mittelmeeres für die Versorgung der englischen Flotte eine außerordentliche Bedeutung gewinnt. Da Haifa Mandatsgebiet ist und infolgedessen strategisch nicht ausgebaut werden darf, konzentriert sich das strategische Interesse Englands ganz naturgemäß auf Cypern, das es denn auch zu einem

hervorragenden modernen Flottenstützpunkt auszubauen gedenkt. England kann also auf Cypern ebenso wenig verzichten wie etwa auf Singapur oder Gibraltar, auch wenn sich das Verlangen der Aufständischen auf das von England selbst während des Weltkrieges propagierte Selbstbestimmungsrecht der Völker stützt. Macht geht eben auch heute noch vor Recht.

Das hat auch das klägliche Scheitern der Völkerbundsaktion im japanisch-chinesischen Konflikt wieder einmal ganz klar bewiesen. Japan kann eben — wie wir das an dieser Stelle vor kurzem ausführlicher dargelegt haben — auf seine vertraglichen Rechte in der Mandschurei nicht verzichten, ohne einer seiner wichtigsten machtpolitischen Grundlagen verlustig zu gehen. Und so stört sich denn die japanische Politik nicht im geringsten an den Genfer Beschlüssen, sondern läßt vielmehr durch das Außenministerium erklären, der Streitfall könne nur durch direkte chinesisch-japanische Verhandlungen geregelt werden; da jedoch China nicht an Verhandlungen denke, so müßten die japanischen Truppen eben so lange in der Mandschurei bleiben, bis China die bekannten Bedingungen anerkennt habe. Und das Ende vom Lied? — Der Genfer Rat verweigerte sich, und der Kampf geht weiter. Die harte Wirklichkeit ist eben stärker als die pazifistische Fassade des Genfer Rates, der im Grunde doch nichts anderes als ein feiles Werkzeug des französischen Imperialismus ist. Das ist der „Völkerbund“, dem trotz aller bitteren Erfahrungen nach wie vor anzugehören auch Deutschland die zweifelhafte Ehre hat.

Rußland.

Wieder einmal sind alarmierende Nachrichten über die Sowjetrepublik im Umlauf. „Der Fünfjahresplan in Gefahr!“, „Rußland sucht ein Moratorium nach!“. Solche und ähnliche Schlagzeilen sieht man in letzter Zeit in den Zeitungen und ebenso prompt erfolgen etwas lahme Dementis seitens der Russischen Handelsvertretung in Berlin.

Daß der gigantische Fünfjahresplan in dem geplanten Umfange nicht mehr durchführbar ist, sieht man heute auch schon in Rußland ein. Der erste, himmelstürmende Enthusiasmus ist verpufft und auch die Veröffentlichung der Bilder von Arbeitern einzelner Werke, die Spitzenleistungen vollbracht haben, zieht nicht mehr, obwohl jede Nummer der „Pravda“ eine Reihe derartiger Photographien bringt, um die säumigen Fabriken anzuspornen. Die Parole scheint zu sein „Jeder einmal in der Pravda“, aber davon wird man nicht satt, und der Mangel an Lebensmitteln wird immer fühlbarer. Hat doch die russische Regierung, die bisher eifrigst darüber machte, daß ausländische Waren einzig und allein durch die Handelsvertretungen im Auslande eingekauft und durch die amtlichen Organe innerhalb Rußlands an die Konsumenten abgegeben wurden, kürzlich allen Einwohnern gestattet, sich aus dem Auslande Lebensmittel usw. für den eigenen Gebrauch schicken zu lassen, und die „Deruta“ (Deutsch-Russische Transportgesellschaft!) hat daraufhin mit großen Berliner Firmen Verträge abgeschlossen, wonach sie das Monopol für den Versand derartiger Lebensmittelpakete nach Rußland hat. Im Sowjetreich existiert auch heute noch die Brotharte und Raganowitsch hat noch vor wenigen Wochen erklärt, daß an eine Aushebung des Kartensystems zunächst nicht zu denken sei. Die Arbeiter, denen immer wieder eingehämmert wurde, „heißt den Fünfjahresplan durchbringen, dann hat alle Not ein Ende“, sehen ein, daß, je näher der versprochene Termin heranrückt, desto schwieriger die Ernährungslage wird. Hierauf dürfte es zurückzuführen sein, daß viele Werke und Kolonnen nicht einmal 50 Prozent der ihnen vorgeschriebenen Mengen geliefert haben. Die „Pravda“ ist objektiv genug, auch eine Reihe derartiger Industrieunternehmen aufzuführen, mit dem Hinweis, daß die Leiter zur Verantwortung gezogen worden seien. Auch der Bruch mit dem kommunistischen System der gleichen Entlohnung für alle Arbeiter und die Einführung der Bezahlung nach Leistung scheint in der Arbeiterschaft nur böses Blut gemacht und die Produktion nicht gehoben zu haben. Es sichern immer mehr Nachrichten durch, daß die Qualität der Fabrikate, die im Eiltempo und unter stärkstem moralischen und physischen Druck hergestellt werden, so gut wie alles zu wünschen übrig lasse. Wurde doch kürzlich auf dem Moskauer Trödelmarkt, wohin die verarmte Intelligenz ihre letzten Habseligkeiten zum Verkauf zu bringen pflegt, für eine alte, aus der Vorkriegszeit stammende Singer-Nähmaschine mehr geboten als für eine fabrikmäßig hergestellte sowjetrussische Fabrikation!

Es ist wohl kaum anzunehmen, daß Rußland mit derartiger Ramschware die verwöhnten westeuropäischen

Märkte erobern wird. Wohl dürften die Sowjets in der Lage sein, Massenartikel, wie Zündhölzer, Seife, Schuhe und vieles andere zu Schleuderpreisen auf den Weltmarkt zu werfen, aber in Qualitätswaren, deren Fabrikation eine jahrzehntelange Erfahrung und erprobte Fachkräfte erfordert, wird man uns niemals Konkurrenz machen können. In einer Hinsicht wird aber der Fünfjahresplan, — auch ein zusammengebrochener — eine überwältigende Bedeutung für unsere Industrie haben. Vor dem Kriege war Russland bekanntlich der Hauptabnehmer für unsere Fertigwaren, und etwa die Hälfte des riesigen russischen Bedarfs kam aus Deutschland. Hiermit wird es ein für allemal Schluss sein. Russland ist aus einem fast ausschließlich Agrarstaat, infolge der riesigen Aufwendungen für den Fünfjahresplan, trotzdem die hieran geknüpften phantastischen Erwartungen nicht in Erfüllung gehen dürften, zu einem sehr beachtenswerten Industriestaat geworden. Es wird notgedrungen gezwungen sein, nachdem ihm größere Ausfuhrmöglichkeiten genommen, sein Augenmerk auf die Befriedigung inländischer Bedürfnisse zu richten. Die Aufträge, die wir zunächst noch von der Sowjetregierung erhalten, betreffen in erster Linie Fabrikationsmaschinen, nach deren Inbetriebsetzung sich der Staat immer mehr von ausländischer Einfuhr unabhängig macht, indem er mit diesen Maschinen die betreffenden Waren selber herstellt. Wir werden also von Jahr zu Jahr immer weniger nach Russland liefern und was es für die deutsche Industrie, deren Sein und Nichtsein von der Erhaltung neuer Auslandsmärkte abhängt, bedeutet, einen riesigen Markt wie den russischen zu verlieren, mag hier unerörtert bleiben.

Ganz anders verhält es sich mit der Ausfuhr russischer Landwirtschaftsprodukte. Es sind in Russland gewaltige Traktorenfabriken erbaut worden und mit größter Intensivität werden die brachliegenden unendlichen Flächen guten Bodens in Kultur genommen. Wohl in keinem Lande hat die Modernisierung der Landwirtschaft einen derartigen Aufschwung erfahren wie in Russland, das jetzt schon, ohne Rücksicht auf das hungernde eigene Volk, gewaltige Getreidemengen auf die Weltmärkte wirft. Schon in ganz wenigen Jahren, nachdem die Kultivierung der riesigen Landstriche vollendet sein wird, dürfte jeder Farmer auf der entlegensten kanadischen Farm die russische Konkurrenz empfindlich zu verspüren bekommen!

Nun das befürchtete Moratorium, unter dem unsere Industrie, die recht bedeutende Forderungen an Russland hat, empfindlich zu leiden haben würde. Unsere Regierung hat zwar den Lieferanten gegenüber das Versprechen bis zu einer gewissen Höhe für diese Rechnungsbeträge übernommen, aber was bei der heutigen gespannten Geldlage dieser Ausfall sowohl für die Industrie als auch für unsere Staatskasse bedeutet, ist ohne weiteres klar.

Ueber den Stand der russischen Finanzen kann man im Ausland kaum ein richtiges Bild erhalten. Der Wert des Tscherwonez im Inneren ist trotz des Zwangskurses erheblich gesunken und seine Ausfuhr strengstens verboten. Jeder aus Russland Ausreisende wird auf der Grenzstation ganz besonders auf etwa mitgeführte russische Zahlungsmittel untersucht, um zu verhindern, daß der Tscherwonez im Ausland gehandelt und sein Kurs an ausländischen Werten festgesetzt wird. Russland ist also nicht in der Lage, seine Auslandsbestellungen mit eigener Valuta zu bezahlen, und um die so dringend benötigten De-

vise hereinzubekommen, müßte es den Export forcieren. Dieses war bei normalen weltwirtschaftlichen Verhältnissen noch einigermaßen möglich, durch die jetzige, sich immer weiter ausdehnende Krisis und nicht zuletzt durch die gewollte Abschließung der meisten Länder gegen unerwünschte ausländische Einfuhr ist der russische Export so gut wie lahmgelegt. Die Valuta, mit deren fortlaufendem Eingang man bei Erteilung der Auslandsbestellungen rechnete, bleibt aus und es ist verständlich, daß die Sowjetregierung hierdurch in große Kalamitäten geraten kann. Ob die Schwierigkeiten schon so bedeutend sind, daß zu dem äußersten Mittel eines Moratoriums gegriffen werden muß, bleibt abzuwarten. Jedenfalls wäre es für unsere, ohnehin so schwach beschäftigte Industrie höchst bedauerlich, wenn auf die Ausführung der noch laufenden Bestellungen verzichtet werden müßte.

Man sieht, daß infolge der komplizierten Verflochtenheit der wirtschaftlichen Beziehungen der einzelnen Länder untereinander, die Weltwirtschaftskrise auch Russland, das sich hermetisch gegen die übrige Welt abgeschlossen hatte, in seinen Strudel zu ziehen beginnt. Welche Folgen sich hieraus für das Sowjetsystem ergeben, bleibt abzuwarten.

D. R., Bethel, Wandererheim.

Wirtschaftsbeirat tagt.

Am Donnerstag unter Vorsitz des Reichspräsidenten. — Berlin 28. Oktober.

Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten von Hindenburg versammelt sich am Donnerstag der in Ausführung des Briefwechsels zwischen Kanzler und Reichspräsidenten ins Leben gerufene Wirtschaftsbeirat zu seiner ersten Sitzung. Die Aufgabe des Wirtschaftsbeirats, dessen Eröffnungssitzung im Präsidentenpalais stattfindet, ist klar umrissen. Der Wirtschaftsbeirat soll die Probleme des gesamten Gebietes der Wirtschaft und der Sozialpolitik beraten und der Reichsregierung Vorschläge zur Lösung dieser Fragen machen. Mit der Errichtung des Wirtschaftsbeirats als einem beratenden Ausschuss der Reichsregierung ist also die bisherige Gepflogenheit, von Fall zu Fall Sachverständige als Berater hinzuzuziehen, in eine feste Form gebracht worden.

Mit dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat kann man das neue Gutachter-Gremium nicht in Parallele stellen. Denn hier gibt es keine Mehrheitsbeschlüsse, entscheidet nicht die Stärke der Parteien, sondern die Durchschlagskraft der vorgebrachten Argumente! Aber der Wirtschaftsbeirat bildet auch keine Neuaufgabe der 1918 gebildeten und 1924 beendeten Arbeitsgemeinschaft der Industrie und der Gewerkschaften. Nichts wäre falscher als das, die Arbeit des neuen Beirats auf den Ausgleich der Differenzen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer beschränken zu wollen. — Wenn gleich die Zuspitzung der Lohnverhandlungen mit den Gemeindefabrikanten, den Eisenbahnern und den Metallarbeitern, die gerade jetzt zu verzeichnen ist, den Ausgleich solcher Differenzen dringend notwendig macht. Vielmehr soll der Wirtschaftsbeirat auch die immer noch vorhandenen Differenzen zwischen der Industrie und der Landwirtschaft zum Beispiel oder die zwischen den einzelnen Betriebsgrößen überbrücken, zumindest aber diese Überbrückung fördern.

So rekrutiert sich denn auch der Wirtschaftsbeirat aus Führern aller Zweige der deutschen Volkswirtschaft. Allein die Tatsache, daß die ihm angehörenden führenden Persönlichkeiten der Industrie, des Handels, der Landwirtschaft, des Handwerks und des gewerblichen Mittelstandes, der Schifffahrt, der Banken und der Versicherungen nicht den

offiziellen Verbänden entnommen sind — nur die Vertreter der Arbeitnehmer wurden den Gewerkschaften entnommen —, zeigt, daß es sich bei den Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats nicht darum handelt, Tarifabkommen zwischen den Parteien herbeizuführen, sondern daß im Mittelpunkt der Arbeiten die Klärung der großen Grundfragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik stehen wird.

Auch dem Wirtschaftsbeirat wird es kaum leicht werden, die Notwendigkeiten einer energischen Politik der Selbsthilfe gegen alle Widerstände durchzusetzen. Vieles wird darum von der Person des eigentlichen Vorsitzenden abhängen. Denn es ist wohl selbstverständlich, daß Reichspräsident von Hindenburg nicht an jeder Sitzung teilnimmt, sondern nur in besonders schwierigen und wichtigen Fällen durch das Ansehen seiner Person die Entscheidungen etwas schneller herbeizuführen versuchen wird. Für besondere Einzelfälle sollen geeignete Persönlichkeiten noch zu den Beratungen hinzugezogen werden. Dies darf wohl dahin ausgelegt werden, daß sich innerhalb des Wirtschaftsbeirats schon nach den ersten Sitzungen Kommissionen für besondere Fragen bilden werden. Zu solchen Kommissions-sitzungen wären dann die geeigneten Sachverständigen noch hinzuzuziehen.

Es wird allgemein erwartet, daß sich der Wirtschaftsbeirat zuerst und zum Teil auch wohl in der Hauptsache mit den Fragen des Lohn- und Tarifrechts abgibt. Diese Erwartung gründet sich auf die mannigfachen Forderungen und auf die Tatsache der zahlreichen gekündigten Tarifverträge, deren Erneuerung mit Hilfe des Schlichters nicht immer möglich ist. Manche Tarifverträge für große und wichtige Industriegruppen sind nur für den Monat Oktober verlängert worden. Für die Verlängerung war die Ankündigung des Wirtschaftsbeirats ausschlaggebend, da die Parteien der Ansicht waren, daß der Wirtschaftsbeirat sehr bald eine Form findet, die eine Neuordnung des Tarifvertragswesens bringt. Der Rahmen dieser Neuordnung ist abgesteckt durch die Erklärungen des Kanzlers im Reichstag, nach der eine „elastischere Gestaltung des Tarifvertrages“ auch nach Ansicht der jetzigen Regierung notwendig ist, die Einrichtung des Tarifvertrags dagegen nicht beseitigt werden soll.

Mag man nun die Bedeutung des Wirtschaftsbeirats höher oder geringer veranschlagen, eine Illusion darf nicht aufkommen: Man darf von dem Zusammentritt der führenden Männer des deutschen Wirtschaftslebens nicht die Schaffung einer neuen Konjunktur erwarten. Alles, was der Wirtschaftsbeirat tun kann, das ist, daß er Vorschläge für die Beseitigung der Fehler macht, die in den letzten Jahren ohne Zweifel begangen worden sind. Und erst wenn diese Arbeit durchgeführt, d. h. die Grundlage für ein gesundes Wirtschaftsleben und eine sparsame Verwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden geschaffen worden ist, erst dann kann man die Krise als überwunden ansehen und einen neuen Aufschwung erhoffen. Denn der Wirtschaftsbeirat ist nur ein Mittel der Krisenbekämpfung, nicht aber ein Werkzeug der Konjunkturanfurbelung.

Bereits 202 Millionen RM. Bahnanleihe

— Berlin, 28. Oktober.

Die Verlängerung der Steueramnestie-Zeichnungen auf die neue Reichsbahnanleihe hat bewirkt, daß das endgültige Ergebnis sich auf 202 Millionen RM erhöht hat. Die letzte amtliche Zeichnungsziffer betrug 177 Millionen RM. Unabhängig von der jetzt abgelaufenen Amnestiefrist dauert die Zeichnung auf die steuerfreie Reichsbahnanleihe noch bis zum Jahreschluss.

Brief aus Baden.

Nichts Erhebenderes, als mitten in den Tagen der Not statt klagen: Tragen! Tragen zu dürfen und tragen zu helfen! Eine größere Gottesgabe ist nicht ausdenken. Zum Nottragenhelfen dient ja der Bau, wozu an einem schönen Herbstmorgen vor wenigen Wochen in Karlsruhe der Grundstein gelegt worden ist: Das Karlsruher neue Diakonissenhaus. Dabei handelt es sich nicht etwa um eine neue Gründung. Das Karlsruher Werk besteht vielmehr schon 80 Jahre und der über Baden weit hinaus bekannte Pfarrer Kayser, der Gründer und langjährige Leiter des südwestdeutschen Zweiges der Inn. Mission, zuletzt Pfarrer in Frankfurt, stand schon als Diakonissenhauspfarrer an der gleichen Stelle, wo heute sein Sohn steht, der nunmehr im Kreise vieler Glaubensgenossen den Grundstein zum Neubau legen durfte. Eine Geschichte konnte diese Grundsteinlegung abschließen, die durch Krieg und Nachkriegszeit führt, durch Entwertung, aber nimmermehr durch Entmutigung. Und welcher neuen Geschichte erstes Stück nimmermehr beginnen mag, was das Schicksal des Diakonissenhauses in seiner neuen Gestalt sein werde, weiß überhaupt nur Gott allein. Bekannt aber er sich auch zur neuen Form des alten Werkes, dann wird es wohl die gleiche Geschichte bleiben wie bisher: Menschenarbeit — Gottesdienst. Menschenwürde: Gotteskraft!

Eine andere Art von Bauen und Nottragenhelfen mag man in Zusammenkünften erblicken, wie sie im Sommer dieses Jahres auf der Marienhütte bei Heidelberg abgehalten wurden. Der Evang. Presseklub hatte darüber einen besonders anschaulichen Bericht gebracht. Darum soll ausnahmsweise auch dieser hier wiedergegeben sein:

„Am Nachmittag des 4. Juli trafen sich auf der schönen Marienhütte bei Heidelberg etwa 20 Mannheimer Arbeiter (Mitglieder der christlichen Gewerkschaften) und etwa ebensoviele Heidelberger Theologiestudenten. Was ging dabei vor? Man aß und trank miteinander, man führte zwanglose Gespräche über dies und jenes. Drei Stunden lang sprach man gemeinsam unter Leitung von Herrn Dr. Faber. Herr Prof. D. Dibelius — ihm gebührt wohl auch besonderer Dank für das Zustandekommen des Treffens — leitete die allgemeine Aussprache ein, nicht mit einem eigentlichen Vortrag (denn das Gespräch sollte gar keinen festen Gegenstand haben), sondern mit einer sehr knappen und geschickten Andeutung der Punkte, über die man sich befragen könne. Und dann wurde ehr-

lich gefragt, rückhaltlos geantwortet, lebhaft gestritten, Uebereinstimmung wurde gerne festgestellt, Trennendes nicht verschwiegen. Und worüber wurde gesprochen? über Lohnkürzung und Notverordnung, über das Verhältnis von körperlicher und geistiger Arbeit, über Klassenkampf und Volksgemeinschaft, über Urlaubs-, Siedlungs- und Volksbildungsfragen, über Lebensverhältnisse des Studenten und des Arbeiters, über politische Tätigkeit des Pfarrers. Wie denkt der Arbeiter vom Akademiker? Und was weiß eigentlich der Student vom Leben des Arbeiters? Gibt es ein „Proletariat“? Wie erlebt der Arbeiter die Technisierung und Rationalisierung der Arbeit? Und wie die Arbeitslosigkeit? Wie stellt sich der christliche Arbeiter zu seinem kommunistischen Kollegen? Und wie zum Werkstudenten? Was hält der Arbeiter von den Gewerkschaftsfunktionären? Und was erwartet er von Kirche und Pfarrer?

Ein einheitliches Ergebnis wurde natürlich nicht erzielt, ebenso keine Entschließung ausgegeben. Aber gerade deswegen war das Treffen — das wurde nachher im persönlichen Gespräch festgestellt von beiden Seiten — für beide Teile lehrreich und gewinnbringend. Was nahmen die Teilnehmer mit von diesem Gespräch? Die Erkenntnis, daß ein gegenseitiges Verstehen und Kennenlernen von Arbeitern und Akademikern notwendig und möglich ist. Den Glauben, daß die Grenzen der sozialen Schichten zuletzt doch nicht Christen von Christen trennen können. Die Einsicht, daß eine solche Zusammenkunft nur eine erste Annäherung lebendiger persönlicher Beziehungen von Stand zu Stand ist. Und den Wunsch, daß recht bald wieder eine ähnliche Begegnung zustande kommen möge.“

Ähnliche Versuche zum Bauen wahrer Lebensgemeinschaft machte auch zum wiederholten Male Pfarrer Dr. Becker in Pforzheim-Würm auf der Georgshöhe bei Pforzheim. Man muß sich aller dieser Versuche aufrichtigen Herzens freuen. Niemand aber wird so töricht sein, nun gleich nach greifbaren Erfolgen zu suchen und von deren Vorhandensein erst den Wert des Ganzen ableiten zu wollen!

Wiederum von einem Bau, aber in jeder Beziehung ganz anderer Art, konnte man aus unserem Bad. Oberland hören. Dort im Bezirk Lahr errichtete man an der Meisenheimer Kirche von neuem das verwitterte Grabmal des Seesenheimer Pfarrertöchterleins Friederike Brion. Damit begann man sozusagen den zu erwartenden großen Reigen von Goethefeiern, die uns das Jahr 1932 bringen wird. Der badische Schriftstumsforscher W. E. Def-

tering, dann Gottlieb Gräf, dessen Eifer die Erneuerung des Grabsteines zu verdanken ist, nicht zuletzt aber unser Altmeister Heinrich Bierordt, kamen jeder in seiner Art zu Wort. Und es entstand von neuem das Bild des einstigen „Rösleins auf der Heide“, das hernach, einsam gelassen, „in teilnehmender, tröstender und helfender Nächstenliebe und Barmherzigkeit sich nicht genug tun konnte.“

Von dieser Scheidung zwischen dem von dämonischen Kräften getriebenen Goethe und seiner Friederike spricht man heute noch nach fast 120 Jahren. Mag man diese Scheidung nun als tragischen Einzelfall oder als Schicksal ansehen, das schließlich beide erleiden mußten. Von anderen Scheidungen wird weniger gesprochen, zumal deren Zahlen gar nichts mit der Liebesromantik eines früheren Jahrhunderts zu tun haben! Da sind im Jahre 1930 in Baden nicht weniger als 1181 Ehen durch richterlichen Schiedspruch getrennt worden. Wieviele innerlich getrennte Ehen gar nicht vor den Richter kommen, sei dabei nur nebenher gefragt. Unter den richterlich getrennten Ehen sind 18 Richtigkeitsurteile enthalten. Unter welchen Voraussetzungen mögen sie vorher geschlossen worden sein? Im ganzen sind die geschiedenen Ehen anscheinend überhaupt im Zunehmen. Wenigstens sind 1930 in Baden 82 Ehen mehr geschieden worden, als im Vorjahr. Mannheim, die größte badische Stadt — sie nennt sich selber eine lebendige Stadt (!!) — steht mit ihren 350 Ehescheidungen, schier möchte man sagen „natürlich Mannheim“, an erster Stelle. Es folgen fast entsprechend ihrer Einwohnerzahl in der weiteren Reihenfolge Karlsruhe mit 164, Freiburg mit 99, Pforzheim mit 78, Heidelberg mit 64 und Konstanz mit 32. Die Amtsbezirke Meßkirch, Pfullendorf, Adelsheim und Tauberbischofsheim, also die rein landwirtschaftlichen Bezirke, haben nur je eine und der Bezirk Wiesloch überhaupt keine Scheidung, wie überhaupt nur 6,3 v. H. aller Scheidungen auf die Landwirtschaft, dagegen 56,3 v. H. auf Gewerbe und Industrie, 27,2 v. H. auf Verkehr und Handel und 7,8 v. H. auf die freien Berufe fallen. All diese Zahlen bilden wieder einen Beweis für das Gegenteil des „gesunden fortschrittlichen Lebens unserer Städte“ und der vermeintlichen „Rückständigkeit“ des flachen Landes. Womit allerdings nicht behauptet sei, die Ehen auf dem Lande wären alle glücklicher und besser. Das sind sie deshalb noch lange nicht. Der Landknepper weiß das!

Lehrreich aber ist die Religionszugehörigkeit der geschiedenen Paare. 605 waren rein evangelisch, 369 rein

Die Ausfuhr
Neuregelung
diplomatische
sehen e
berichten
sich eine
Caual i
den W
sprach
lich war
leit dar
lung, d
zu hab
Berah
Botscha

Die
kanische
sche Ba
sogleich
reichend
rung de
endete
führt w
wenn
werde

De
nunmehr
Ankunft
zu. 3
Handels
Gelegen
der Ber
sprechu
verfolgt
nen Un
Krise a
Bemüh
ben uns
Ati

Am
Englan

Die
vorgem
Ausfall
Europa
kennzei
rend de
gerle u
morgen
gingen
bringen

Di
Städter
Die Ze
berzügen
der Na

katholisch
3,4 v. H.
und 2,6
Mischehe
titel! T
weniger
nach 42
überhan
Diese n
Paare v
den über
Kinder
Lebensl
aber fo
ner noch
jährige
Verlezu
mit Erf
Aber
die sich
als es i
erlebter
bekannt
brachte
SPD-G
erwähnt
nen Un
schluß
„Trauer
unmitte
nur als
sondern
sänglich
kirchen
SPD d
bewirkt
für Ruf
Dienstg
lassung
ist er ei
Und da
„Aufzug
„Fall G
der Kir
darüber
nötig n

Zwischenfall in Washington.

Zusammenstoß Borahs mit dem polnischen Botschafter.

— New York, 28. Oktober

Die Stellungnahme des Vorsitzenden des auswärtigen Ausschusses des amerikanischen Senats gegen die Verfall der Neuordnung der europäischen Beziehungen hat zu einem diplomatischen Zwischenfall geführt, der beträchtliches Aufsehen erregt. Wie die amerikanischen Zeitungen darüber berichten, hat der polnische Botschafter Filipowicz gelegentlich eines Abschiedsempfanges der französischen Botschaft für Caval den Senator Borah wegen dessen Erklärung gegen den Weichselkorridor zur Rede gestellt. Obwohl diese Aussprache, die etwas rau verlaufen zu sein scheint, vertraulich war, besuchte sich der polnische Botschafter, die Öffentlichkeit darüber zu unterrichten, und zwar durch eine Mitteilung, die es mit der Wahrheit nicht sehr genau genommen zu haben scheint. Diese Indiskretion veranlaßte Senator Borah zu einer Richtigerstellung, in der er dem polnischen Botschafter ein fehlerhaftes Gedächtnis bescheinigt.

Die Aussprache selbst soll nach der Darstellung amerikanischer Zeitungen damit begonnen haben, daß der polnische Botschafter Borahs Erklärung bedauerte und danach sogleich hinzufügte: „Senator Borah sei wohl nicht ausreichend über die Korridorfrage informiert“. Die Bevölkerung des Weichselkorridors sei zu 80 Prozent polnisch. Nun endete die Aussprache, die bereits mit ziemlicher Schärfe geführt wurde, abrupt mit der Antwort Borahs:

wenn die gegenwärtige polnische Politik fortgeführt werde, werde die Bevölkerung des Weichselkorridors wohl bald zu 100 Prozent „polnisch“ sein.

Der französische Ministerpräsident Paval befindet sich nunmehr wieder auf der Rückfahrt. Im Gegensatz zu der Ankunft ging es bei der Abfahrt wesentlich geräuschloser zu. Zu Ehren Pavals veranstaltete die französische Handelskammer in New York ein Abschiedessen. Bei dieser Gelegenheit äußerte sich Paval nochmals über das Ergebnis der Verhandlungen mit Hoover. „Wir hatten für unsere Besprechungen — so führte er aus — kein Protokoll festgelegt, verfolgten aber die gemeinsame Absicht, in einer freien, offenen Aussprache die verschiedenen durch die gegenwärtige Krise aufgeworfenen Probleme eingehend zu prüfen. Unsere Bemühungen werden nicht vergeblich gewesen sein. Wir haben uns besser kennen gelernt.“

Künftig wissen wir, wer wir sind und was wir wollen.

ferner was wir Franzosen von den Vereinigten Staaten erwarten können und diese von uns.

Die Zusammenarbeit beider Länder wird somit enger gestaltet, weil unsere beiden Regierungen ihre gegenseitigen Interessen und gemeinsamen Pflichten klarer begreifen werden. Wenn die Washingtoner Unterredungen kein anderes Ergebnis gehabt hätten, würden sie bereits eine große Hoffnung verwirklicht haben. Das ist der moralische Ertrag dieser Begegnung. Wir haben aber mehr getan. Indem wir nach den hauptsächlichsten Mitteln für die Wiederherstellung der Wirtschaftsstabilität und des Vertrauens suchten, haben wir unsere Pflicht internationaler Solidarität erfüllt. Ich lege großen Wert darauf, meine Genugtuung zu äußern.

Nach vor der Abreise Pavals empfing Staatssekretär Stimson den deutschen Botschafter Dr. von Pfiffner zu einer längeren Besprechung. Gegenstand der Unterhaltung waren die Ergebnisse der Besprechungen zwischen Caval und der amerikanischen Regierung. Stimson unterrichtete den deutschen Botschafter eingehend über die Themen der Verhandlungen und setzte den Botschafter damit in Stand, die deutsche Regierung entsprechend zu informieren.

Schuldenkonferenz im Dezember?

— Paris, 28. Oktober.

Nach Gerüchten aus amerikanischer Quelle soll Ministerpräsident Caval sofort nach seiner Rückkehr beabsichtigen, die französische Regierung um die Ermächtigung zur Einberufung einer Konferenz der an der Reparationsfrage interessierten Nationen einschließlich Deutschlands zu ersuchen. Aufgabe dieser Konferenz würde es sein, über die Möglichkeit einer weiteren Reparationsherabsetzung zu entscheiden und einen neuen Zahlungsplan vorzubereiten. Der Präsident Hoover als Ersatz für das am 1. Juli 1932 ablaufende Memorandum zur Begutachtung unterbreitet werden könnte. Diese Weltkonferenz würde nach allgemeiner Ansicht Ende November oder Anfang Dezember in Paris zusammenzutreten.

In anderen Meldungen ist von einem bevorstehenden deutschen Schritt die Rede, nämlich von der Einbringung eines Antrages, der gemäß Artikel 119 des Youngplanes die Einberufung des beratenden Sonderausschusses der V3 fordert.

Im ganzen waren 1286 Kandidaten aufgestellt worden, darunter 62 Frauen. 68 davon waren bereits gewählt, ehe der Kampf entbrannt war. Es waren das 49 Konservative, 13 Liberale und 6 Arbeiterparteiliche, in deren Wahlkreise keine Gegenkandidaten aufgestellt worden waren. Bei den letzten Wahlen im November 1929 erhielten die Arbeiterpartei 287 Mandate, die Konservativen 260 und die Liberalen 60. Acht Abgeordnete waren parteilos.

Ministerpräsident Macdonald hat nunmehr die Mitglieder seines Kabinetts für Donnerstag nach London berufen. In dieser Sitzung sollen einige wichtige politische Fragen, insbesondere auch solche der Außenpolitik beraten werden. Gleichzeitig soll in dieser Sitzung die Redaktion der Thronrede für die Eröffnung des Parlaments vorgenommen werden. Während die eigentliche Parlamentseröffnung erst am 10. November erfolgt, wird das neugewählte Unterhaus bereits am 3. November zu einer Sitzung zusammengetreten, um den Sprecher zu wählen und die Zeremonien zu erledigen.

Vom Ausgang der Wahlen.

Großer Sieg der nationalen Regierung.

— London, 28. Oktober. Die Wahlen zum englischen Unterhaus sind in voller Ruhe und Ordnung verlaufen. Die Wahlbeteiligung war sehr groß. In den Straßen warteten abends große Menschenmassen auf die Bekanntgabe der ersten Ergebnisse, die durch Lautsprecher und Scheinwerfer vor den Zeitungsläden verkündet wurden. Die Lichtspieltheater waren bis auf den letzten Platz von einer gespannten Menschenmenge gefüllt.

Als erstes Ergebnis wurde das Resultat aus dem Wahlkreis Hornsey in der Grafschaft Middlesex bekannt. Hier wurde der konservative Kandidat wiedergewählt. Die für ihn abgegebenen Stimmen sind von 9511 auf 33 609 gestiegen.

Nach den bis 23.45 Uhr MEZ. vorliegenden Ergebnissen der Wahlen zum englischen Unterhaus sind gewählt:

Konservative 56, Arbeiterpartei (Gruppe Henderson) 6, Liberale (aller Richtungen) 14 (davon Gruppe Simon 8).

Die Konservativen haben bisher drei Sitze gewonnen, und die Arbeiterpartei (Gruppe Henderson) hat bisher drei Sitze verloren. Die drei Wahlbezirke von Salford, die bei den letzten Wahlen Arbeiterabgeordnete wählten, haben jetzt den Führer der Konservativen gewählt. Der Arbeiterparteiliche Rentillet wurde in Nord-Salford mit sehr großer Mehrheit geschlagen. In Süd-Salford betrug bei den letzten Wahlen die Mehrheit der Arbeiterpartei 3254. Die Konservativen erhielten gestern eine Mehrheit von 6838. Der frühere Minister Lord Percy wurde in Hastings gewählt.

Soweit sich bis Mitternacht übersehen läßt, haben die Wahlen der nationalen Regierung einen großen Sieg gebracht. Für die Regierung sind bisher 70 Unterhausmitglieder gewählt. Die Gegenpartei hat erst 6 Sitze erhalten.

Henderson unterlegen.

Der frühere Staatssekretär des Äußeren, Henderson, der Führer der oppositionellen Arbeiterpartei, ist in Burnley unterlegen.

Rabinett prüft Wirtschaftsfragen

Zusammentritt der Reichsregierung. — Tarifschwierigkeiten bei Bahn, Post und Gemeinden.

— Berlin, 28. Oktober

Während die amerikanisch-französischen Verhandlungen und der nun beendete Besuch des italienischen Außenministers Grandi in der Reichshauptstadt das Interesse vor allem auf außenpolitische Fragen richtete, rücken jetzt die innerpolitischen, namentlich die wirtschaftlichen Probleme wieder stärker in den Vordergrund. So trat das Reichskabinett zu einer neuen Sitzung zusammen, die der Vorbereitung der Eröffnungssitzung des Wirtschaftsbeirates diente, daneben aber auch Gelegenheit zur Beratung der wirtschaftlichen Lage gab.

Von Bedeutung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung ist, daß am 31. Oktober eine Reihe von Lohnstarifen für verschiedene Arbeitnehmergruppen ablaufen. Das gilt z. B. für die Gemeindearbeiter, für die Reichsbahn, die Metall- sowie Textilindustrie. Insgesamt dürften etwa 2 Millionen Arbeitnehmer davon betroffen werden. Im Zusammenhang mit diesem Tarifablauf sind teilweise bereits Verhandlungen über eine Verminderung der Löhne bei öffentlichen Betrieben eingeleitet. Da es sich bei den ablaufenden Tarifverträgen jedoch um verschiedene Berufsgruppen handelt, sieht man es in den der Regierung nahe stehenden Kreisen als abwegig an, von einem Massenlohnkampf zu sprechen. Dies könne man umso weniger, als in der Hauptsache die Lohnsenkungsverhandlungen noch nicht im Gange sind. Lediglich bei der Reichsbahn seien die Verhandlungen bis zu den höchsten Instanzen gelangt.

Die Reichsbahn geht in diesem Konflikt von dem Standpunkt aus, durch die letzte große Notverordnung sei sie zur Kündigung der Tarife zwecks Herabsetzung der Löhne verpflichtet. Von diesem Recht, die Löhne um etwa 4 1/2 Prozent herabzusetzen, müsse sie aber Gebrauch machen, weil sie für den Ausgleich des Etats Mittel beschaffen müsse. Der Ertrag einer solchen Lohnherabsetzung könne auf 3700 Millionen Mark geschätzt werden. Die Gewerkschaften wiederum wenden sich mit Schärfe gegen diese Lohnföhrung, wie sie überhaupt in allen diesen Fällen den Standpunkt einnehmen, angesichts der vielfachen Kurzarbeit sei das Einkommen der Arbeiter bereits vermindert.

Da nun am Donnerstag auch der Wirtschaftsbeirat seine Arbeiten beginnt, dieses Gremium bis zum 31. Oktober aber noch nicht zu bestimmten Vorschlägen für die Regelung der deutschen Wirtschaftsfragen kommen kann, rechnet man vielfach damit, daß die am 31. Oktober ablaufenden Verträge nochmals kurzfristig verlängert werden. Eine Klärung der Situation ist jedenfalls zur Stunde noch nicht zu ersehen.

„Sinkende Planwirtschaft.“

25-Jahrfeier der Berliner Handelshochschule — Ansprache Professor Bonn.

— Berlin, 28. Oktober

In Anwesenheit einer großen Zahl geladener Gäste beging die Handelshochschule Berlin die Feier ihres 25-jährigen Bestehens. Der preußische Handelsminister Dr. Schreiber übermittelte dem Lehrkörper den Dank der Staatsregierung für die im Dienste der Wirtschaft und des Staates geleistete Arbeit und überreichte dem Präsidenten der Industrie- und Handelskammer, Franz von Mendelssohn, die Goldene Staatsmedaille für Verdienste um Wirtschaft und Föhrung. Der Hochschule selbst stiftete der Minister eine von der Staatlichen Porzellanmanufaktur angefertigte Büste des Freiherrn vom Stein. Zum Schluß übergab er noch 10 000 Mark, die von privater Seite für die Föhrung der Forschungstätigkeit gestiftet worden sind.

Die Festrede hielt Professor Dr. Bonn. Redner führte u. a. aus: „Wenn unsere akademische Jugend, die berufen sein sollte, sich auf die Föhrerschaft im Wirtschaftsleben vorzubereiten, an der Zukunft des heutigen Wirtschaftssystems zu zweifeln beginnt, wenn sie davon redet, daß das freie Spiel der Kräfte bankrott gemacht habe und daß jetzt eine planmäßige Organisation der Wirtschaft nötig sei, wie sie heute in Rußland verwirklicht, so überfliegt sie dabei, daß die gegenwärtige Krise keine Krise der freien Kräfte, sondern eine

Krise der gebundenen Wirtschaft

ist. Es ist die Katastrophe einer Planwirtschaft, die man am besten als sinkende Planwirtschaft bezeichnet.

Ihren Abschluß fand die Feier mit einer Reihe akademischer Ehrungen.

Zusammentritt des Staatsrates.

Beratung der Sparverordnung.

— Berlin, 28. Oktober.

Der preußische Staatsrat begann einen auf drei Tage berechneten Sitzungsabschnitt. Es wurde beschlossen, daß die Beratung über die preußische Sparverordnung am Donnerstag stattfinden soll. Der Minister des Innern, der Kultusminister und Minister Dr. Schreiber, der nach dem Rücktritt Dr. Wichoffs das Finanzministerium mitverwaltet, sollen aufgefordert werden, an dieser Sitzung teilzunehmen. Am Mittwoch stehen zur Erledigung die Vorlage über die Verkleinerung des Staatsrates, die nach dem Vorschlag des Verfassungsausschusses abzulehnen ist, sowie die Anfrage Freiherrn von Gayl (Arbeitsgemeinschaft) über die einstweilige Verlegung der am Volksentscheid beteiligten Beamten in den Ruhestand.

Reichsbahn-Zwischenschiedspruch.

Die Reichsbahnhauptverwaltung teilt mit: In den Schlichtungsverhandlungen beim Lohnstreit zwischen Reichsbahnverwaltung und Reichsbahnarbeitern ist ein Zwischenschiedspruch gefällt worden. Der Zwischenschiedspruch verlängert den bestehenden Tarifvertrag mit dem Vorbehalt der Wiederaufnahme der Verhandlungen nachdem eine Entscheidung gefällt ist in dem zur Zeit schwebenden Lohnstreit zwischen Reich und Reichsbahnarbeitern sowie Reichspost und Reichspostarbeitern. Erst dann soll eine endgültige Vereinbarung oder ein endgültiger Schiedspruch herbeigeführt werden.

Am 10. November Thronrede.

England wählt im Nebel. — Das Kabinett einberufen.

— London, 28. Oktober.

Die Ungewißheit über den Ausgang der am Dienstag vorgenommenen Parlamentsneuwahl in England, deren Ausfall nicht nur für Großbritannien, sondern auch für Europa von größter Bedeutung ist, konnte nicht besser gekennzeichnet werden als durch den starken Nebel, der während der Wahlhandlung über London und Südengland lagerte und bewirkte, daß die Straßen noch gegen 10 Uhr morgens in Dunkelheit gehüllt waren. Um so energischer gingen die Parteien vor, um die Wähler an die Urne zu bringen.

Die Bekanntgabe der Wahlergebnisse erfolgte in den Städten u. a. durch Lichtschrift auf allen größeren Plätzen. Die Zeitungen arbeiteten mit Hochdruck. Flugzeuge, Sonderzüge und Tausende von Kraftwagen beförderten während der Nacht die Ausgaben der Blätter in alle Landesteile.

katholisch, 13 israelitisch, 274 waren Mischehen. Das sind 3,4 v. H. aller evangelischen, 1,7 v. H. aller katholischen, und 2,6 v. H. aller israelitischen Ehen, sowie 4,5 v. H. der Mischehen. Für uns Evangelische nicht eben ein Ruhmes-titel! Die Leidtragenden sind zumeist ja die Kinder. Wohl weniger bei jenen beiden Paaren, die sich nach 41- und nach 42-jährigem Zusammensein scheiden ließen, oder wo überhaupt keine minderjährigen Kinder vorhanden sind. Diese waren aber in 653 Fällen vorhanden! Bei einem Paare 11, bei einem 10, bei dreien 8 und 7, bei zehn 5, bei den übrigen entsprechend weniger. Insgesamt tragen 1166 Kinder durch die letztjährigen Scheidungen die schweren Lebensfolgen! Das alles gibt mehr als zu denken. Was aber soll man sagen, lassen sich 81- und 84-jährige Männer noch scheiden und muß in einem dieser Fälle die 50-jährige Ehefrau gegen den 81-jährigen Ehemann wegen Verletzung ehelicher Pflichten und ehelosen Verhaltens mit Erfolg Klage auf Scheidung stellen!

Aber es gibt noch andere Scheidungen, Scheidungen, die sich weit zwangsläufiger ergeben und ergeben müssen, als es in und bei so und so vielen Ehen der Fall ist. So erlebten wir in Baden die überraschende Scheidung des bekannten Pfarrers Eckert von seiner ihn zur Höhe gebrachten Sozialdemokratie. Ueber diese Scheidung der SPD-Ehe Eckerts soll aber nur kurz geredet, soll nur erwähnt werden, daß Eckert sie selber wünschte und seinen Ausbruch geradezu hervorrief. Einen neuen Eheschluß vollzog er ohne jegliches Abwarten irgend eines „Trauerjahres“ oder von so etwas. Er ging statt dessen unmittelbar zu den Kommunisten und ließ sich dort nicht nur als selbstamerweise willkommenen „Kanon“ feiern, sondern auch gleich für eine Rußlandreise abordnen. Anfanglich unter Urlaubsbewilligung hierfür durch die Oberkirchenbehörde. Nun vollzog sich aber der Uebertritt zur KP-Debatte, daß „muntere Reden ihn begleiten“. Diese bewirkten aber dann doch nicht nur die Zurückziehung des für Rußland erteilten Urlaubs, sondern auch ein neues Dienstgerichtsverfahren mit dem Ziele endgültiger Entlassung Eckerts aus dem Kirchendienst. Zu diesem Behuf ist er einstweilen wieder einmal seines Dienstes enthoben. Und damit dürfte nun bald der Vorhang über den letzten „Aufzug“ des so lange dauernden Trauerspiels, beifallt: „Fall Eckert“ gefallen sein. Diese Scheidung Eckerts von der Kirche dürfte jetzt ein für allemal erfolgen, ohne daß darüber dann noch besondere Aufstellungen zu machen nötig wären.

haben im „Aufwärts“
großen Erfolg!